

**25. GENERALVERSAMMLUNG DES RATES DER GEMEINDEN UND REGIONEN EUROPAS
« Innovation in 3D : Dezentralisierung – Entwicklung – Demokratie » ,**

ABSCHLUSSEKTLÄRUNG

Cadiz, 28. September 2012

Wir, Bürgermeister, Vorsitzende, gewählte Mandatsträger und Repräsentanten europäischer Kommunen, Städte, zwischengeschalteter Verwaltungsebenen und Regionen, treffen uns in Cadiz, Spanien, am 28. September 2012 anlässlich der 25. Generalversammlung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas ;

Vereint im Engagement für die grundlegenden Prinzipien der Demokratie und der lokalen und regionalen Selbstverwaltung;

In der Überzeugung, dass heute gutes Regieren in Europa eine konstruktive und aktive Partnerschaft sämtlicher Ebenen – der europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Ebene - mit der Zivilgesellschaft und den Wirtschafts- und Sozialpartnern, mit einer dezentralen Vorstellung der europäischen Gesellschaft voraussetzt;

In dem Bewusstsein, dass das europäische Projekt derzeit in Frage gestellt wird aufgrund der schwerwiegenden Probleme, mit denen unsere Länder zu kämpfen haben, stellen wir mit Bedauern fest, dass sich die Bürger vom europäischen Projekt abwenden oder unser gemeinsames Europa sogar gänzlich ablehnen;

Entschlossen, uns für eine innovative und nachhaltige Entwicklung unserer Territorien einzusetzen;

Unter Betonung unseres Engagements für ein Europa, das politisch und wirtschaftlich stark, vereint, seinen Wertvorstellungen und Prinzipien treu, in Solidarität, ausgestattet mit leistungsfähigen Institutionen, aktiv und respektiert auf internationaler Bühne und seine Vielfalt respektierend. Dies sind die Voraussetzungen für ein Europa, das wirklich in der Lage ist, den Bedürfnissen seiner Bürger und den globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen;

Verabschieden folgende Erklärung:

Europa muss gemeinsame Politiken umsetzen, um die derzeitigen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen und seine wirtschaftliche Stabilität und seinen sozialen Zusammenhalt zu verteidigen; unsere Zukunft hängt vom erfolgreichen Management dieser Herausforderungen ab.

Diese allumfassende Krise – wirtschaftlich, sozial und moralisch – die Europa derzeit erlebt, geprägt von zahlreichen Gipfeltreffen, bei denen die EU eher einen zögerlichen Eindruck erweckt, unfähig die Erwartungen der Europäer zu erfüllen, hat die Kluft zwischen Europa und den Bürgern vergrößert. Das Risiko einer Teilung Europas wächst. Es zeigt sich in einigen öffentlichen Meinungsäußerungen und in einem beängstigenden Anstieg nationalistischer und nach innen gerichteter Stimmung.

In diesem Kontext wird der RGRE auch künftig für ein sinnstiftendes Europa werben, wie von den Gründervätern intendiert, basierend auf den Werten Demokratie, Einigkeit und Solidarität. Dazu ist die volle Beachtung des Subsidiaritätsprinzips erforderlich, starke Gebietskörperschaften, die mehr denn je Akteure des Wandels sind. Als den Bürgern nächststehenden Institutionen haben sie die wichtige Aufgabe, auf die Erwartungen und Sorgen der Bürger einzugehen.

Wir schlagen einen neuen Entwicklungsansatz für Europa vor, der sich auf die Territorien stützt, die in der Lage sind, die Bedingungen für neues Wachstum zu schaffen – Wachstum, das nachhaltiger ist und Arbeitsplätze schafft.

„Europa in 3D“ bedeutet zunächst ein Europa, das daran glaubt, dass in der Partnerschaft aller Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der Schlüssel zum Aufschwung liegt. Dezentralisierung, Entwicklung und Demokratie sind die drei Bereiche, in denen eine erneuerte und gestärkte gemeinsame Stimme der gesamten EU zum Ausdruck kommen muss.

D wie Dezentralisierung :

Die Finanz- und Wirtschaftskrise wirkt sich gravierend auf viele unserer Territorien in Europa aus und hat massive Auswirkungen auf die Gemeinden und Regionen, an die sich die Schutz- und hilfesuchenden Bürger wenden.

Auch die Staaten und die europäischen Institutionen wenden sich oft an die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, wenn es darum geht, Herausforderungen zu meistern und mehr Aufgaben mit weniger Mitteln zu bewältigen. Hier in Cadix bekunden wir erneut unser Engagement, uns für die Entwicklung unserer Territorien mit einem innovativen Ansatz einzusetzen und unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips partnerschaftlich mit den europäischen und nationalen Regierungsebenen zusammenzuarbeiten. Es müssen die erforderlichen politischen Maßnahmen entwickelt werden, um Gemeinden und Regionen in ihrer Leistungsfähigkeit zu stärken. In diesem Zusammenhang fordern wir eine echte Anerkennung der lokalen und regionalen Selbstverwaltung im nationalen Recht und in europäischen Rechtsakten, wir fordern vor allem, dass Gemeinden und Regionen die Freiheit haben, über die Organisation und Gestaltung ihrer Dienstleistungen von allgemeinem Interesse selbst zu entscheiden. Wir beobachten jedoch, dass Staaten überall in Europa versucht sind, die Gegenrichtung einzuschlagen und ihre eigenen Schwierigkeiten auf die Kommunen abzuwälzen, indem sie gewisse öffentliche Politiken wieder zentralisieren oder den lokalen und regionalen Ebenen neue Aufgaben übertragen, ohne ihnen die Mittel für eine wirksame Durchführung zur Verfügung zu stellen. Solche Entwicklungen sind konträr zu unserem Gründungsziel und unserer Vorstellung von Europa.

Wir werben für diese Vision einer dezentralisierten Gesellschaft auf internationaler Ebene gemeinsam mit unserer Weltorganisation, United Cities and Local Governments. Wir sind überzeugt, dass Demokratie durch die Beteiligung der Bürger an Entscheidungen, die sie betreffen, am besten gewährleistet werden kann.

Der Arabische Frühling hat den Glauben der Menschen in und ihren Wunsch nach Demokratie und Entwicklung deutlich gemacht: auch hier ist Dezentralisierung ein maßgeblicher Faktor. In Europa wie bei unseren Nachbarn südlich des Mittelmeers ist der Weg hin zu mehr Demokratie – gewünscht von den Menschen – durch ein Regieren möglich, das die Beteiligung der Bürger sicherstellt bei Entscheidungen, die sie unmittelbar betreffen in ihrer Gemeinde, ihrem Dorf, ihrer Stadt oder ihrer Region.

Europa trägt eine historische Verantwortung: wir müssen unsere eigene Entwicklung zum Erfolg führen, mit gutem Beispiel vorangehen und den Völkern der Welt die Unterstützung bieten, die sie für mehr wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung brauchen.

2013 feiern wir den 60. Jahrestag der Charta der Gemeindefreiheiten, die vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas 1953 in Versailles verabschiedet wurde. Wir möchten in diesem Zusammenhang die wegweisenden Arbeiten des Europarats hervorheben, und insbesondere die des Kongresses der Gemeinden und Regionen zur Förderung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung, in der die Grundsätze für ein Europa verankert sind, das seine Territorien und deren Rechte achtet. Ebenso möchten wir auf die Rolle des Ausschusses der Regionen hinweisen, der Institution der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der Europäischen Union, dessen Arbeiten die des RGRE und anderer Verbände ergänzen und mit dem wir weiter zusammenarbeiten wollen, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen.

D wie Development = Entwicklung :

Auf die Zukunft vorzubereiten ist eine Aufgabe für alle Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik. Wir fordern eine konzertierte partnerschaftliche Aktion für die Umsetzung von Territorialpolitiken, die die Innovation und Forschung fördern.

In den vergangenen 60 Jahren hat Europa nach nahezu einem Jahrhundert brutaler Konflikte, Kriege und Massaker sein Friedensprojekt vorangetrieben: die Bildung einer prosperierenden Gesellschaft, die gerechter und integrativer ist sowie auf Zusammenarbeit und Solidarität basiert. Heute jedoch erlebt Europa eine Reihe von zunehmend schweren und intensiven Krisen – Krisen, die das Vertrauen der Bürger in ihre Regierung und in unser gemeinsames Europa erschüttern. Diese Krisen verlangen innovative Lösungen, um den Herausforderungen der Arbeitslosigkeit, vor allem bei jungen Menschen, des demografischen Wandels, der sozialen Vielfalt, den Entwicklungen in der Technologie und der Kommunikation, des Klimawandels, der Mobilität, des steigenden Bedarfs an sicheren und sauberen Energien und vielem mehr zu begegnen.

Wir sind davon überzeugt, dass lokale und regionale Entwicklung, angetrieben durch die Mobilisierung aller lokalen und regionalen Akteure und abgestimmt auf die Bedürfnisse der Bürger, helfen kann Europa aus der Krise zu führen.

Die aktuelle Krise verdeutlicht wieder einmal die Notwendigkeit, ein Entwicklungsmodell zu entwerfen, das unser gemeinsames Europa sicherstellt. Wir betonen erneut unser Engagement für ein umfassendes europäisches Modell, das weiterhin jene unterstützt, die notleidend sind bzw. unter Ausgrenzung oder Diskriminierung leiden. Die Kommunen und Regionen befinden sich im Zentrum dieses Modells und haben ein soziales Sicherheitsnetz über den gesamten Kontinent entwickelt.

Wir müssen ebenfalls dafür sorgen, dass Europa sich nicht von der Welt abwendet. Rückzug ist weder eine Lösung noch ein Mittel zum Schutz: im Gegenteil, wie uns die Geschichte lehrt, führt dies zu Rückentwicklung und Konflikten. Wir sind davon überzeugt, dass Europa den Weg ebnen kann und muss für einen humaneren Ansatz, der alle Bürger in Europa und der Welt von einem nachhaltigen Entwicklungsmodell profitieren lässt.

Des Weiteren bietet die Antwort auf Klima- und Umweltbedenken Möglichkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung. Kommunen und Regionen sind bereits aktiv engagiert bei der konkreten Umsetzung dieser Politiken zur nachhaltigen Entwicklung.

Europas Städte und Regionen sind aktiv beteiligt an der Förderung des Friedens und des interkulturellen Dialogs, der Bekämpfung der Armut und der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Wir glauben, dass diese Ziele durch internationale Kooperationspolitiken und Partnerschaften zwischen Städten in Europa und solchen in Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika und Lateinamerika, verwirklicht werden können. Das volle Engagement der Staaten und der Europäischen Union bei der öffentlichen Entwicklungshilfe bleibt nach wie vor ein entscheidender Faktor.

D wie Demokratie:

Europa ist an einem Wendepunkt angekommen: die Finanzkrise ist auch eine politische Krise, die Europa als Ganzes veranlassen muss, die gesteckten Ziele neu zu überdenken, um allen Europäern ein Leben in Wohlstand und Nachhaltigkeit zu sichern. Wir erinnern hier an jene Grundprinzipien, die wir für die Zukunft unseres gemeinsamen Europas für essentiell halten; unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen kann Europa sich keine Aufspaltung und keinen Mangel an Zusammenhalt erlauben. Es ist unerlässlich, die Bande zu stärken, die sämtliche europäischen Völker vereint. Ein intergouvernementaler Ansatz allein reicht dafür nicht aus. Der RGRE bekräftigt erneut sein Engagement für ein stärkeres Europa mit mehr Solidarität, für den Aufbau einer stetig stärker werdenden politischen Union zwischen den Europäern, der einzigen Lösung, um den Herausforderungen zu begegnen, denen wir heute ausgesetzt sind. Dies erfordert eine stärkere politische Integration der Europäischen Union, die untrennbar mit Solidarität verbunden ist und die Vergemeinschaftung von nationalen Hoheitselementen beinhaltet. Wir fordern eine starke, effiziente und demokratische politische Führung innerhalb der Europäischen Union: einen engagierten Europäische Rat; eine Kommission, die Vorschläge macht und handelt; eine Europäische Zentralbank, die unabhängig und frei ist, Maßnahmen zu ergreifen im Rahmen ihres Mandats Währungsstabilität zu gewährleisten, das künftige europäische Wachstum zu fördern und ein Europäisches Parlament mit voller Legislativgewalt, das durch allgemeine Wahlen geachtet und gestärkt wird und in der Lage, seiner Verantwortung gerecht zu werden. Die Institutionen müssen voll und wirksam ihre Aufgaben wahrnehmen und auf die Herausforderungen antworten, die wir erleben, in einem Geist der partnerschaftlich alle Regierungsebenen einbezieht und insbesondere die Kommunen und Regionen.

Die Krise wird von den Bürgern zunehmend als Misserfolg der europäischen Politiken gesehen. Dieser Eindruck wird allzu häufig von den Politikern selbst bestärkt, die darin eine Gelegenheit sehen ihre eigene Unzulänglichkeit zu kaschieren.

Kommunen und Regionen sind das engste demokratische Band zwischen den Institutionen und den Bürgern.

Wie die anderen demokratischen Strukturen Europas – vom Parlament bis zur Ortsgemeinde – widersetzt sich der RGRE entschieden jeglicher Form von Intoleranz, Rassismus und Xenophobie. Wir plädieren dafür, dass alle Institutionen eine aktive Rolle übernehmen bei der Verteidigung der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit auf der Welt, sowie den Schutz von Minderheiten, die aufgrund ihrer Religion oder Meinung verfolgt werden. Vor allem hoffen wir, dass der Europarat, der für die Verteidigung der Menschenrechte wichtig ist, weiterhin die Botschaft eines demokratischen Europas verbreitet, das beispielhaft in Sachen Toleranz, Achtung und Engagement für die Gleichstellung ist.

Wir weisen erneut darauf hin, dass es keine Demokratie ohne Gleichstellung von Frauen und Männern geben kann. Die Städte und Regionen Europas sind mit Instrumenten ausgestattet, um im Alltag konkret handlungsfähig zu sein und die Gleichstellung zu gewährleisten: die *Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene*, unterzeichnet von nahezu 1500 Gebietskörperschaften in ganz Europa, sowie die Europäische Beobachtungsstelle für Gleichstellung, zur Begleitung der Unterzeichner bei der Ausarbeitung und Durchsetzung ihrer Aktionspläne. Dieser Vorstoß muss von der Europäischen Union unterstützt und gefördert werden.

In einem sich ständig wandelnden Europa ist es nötig, neue Formen des Austausches zu erarbeiten, die Städtepartnerschaften weiter zu modernisieren und die Beteiligung der größtmöglichen Anzahl europäischer Bürger sicherzustellen. Wir sind davon überzeugt, dass die Europäische Union ihre Aktion auf dem Gebiet der aktiven Bürgerschaft und der Städtepartnerschaften in Zukunft verstärken und wirksamer gestalten muss. Dies gilt auch für die Finanzierung ihrer Aktivitäten. 2013, das Europäische Jahr der Bürger, muss zum Ausgangspunkt für ein erneutes Anknüpfen an eine ehrgeizige Politik werden, die auf die Mitsprache der Bürger bei der Definition unseres gemeinsamen europäischen Projektes baut.

Europa ist ‚work in progress‘, d.h. es ist noch nicht fertig und muss weiterhin offen bleiben für jene, die beitragswillig sind, die Beitrittsbedingungen der Europäischen Union erfüllen und die politischen Zielsetzungen sowie die Wertvorstellungen der Europäischen Union teilen. Dies trifft hauptsächlich auf die südosteuropäischen Länder zu. Die Eingliederung der künftigen Mitgliedsländer muss Hand in Hand gehen mit einer soliden Unterstützung der Kommunen und ihrer Interessensverbände, um sie vorzubereiten auf ihre Rolle als wichtige Akteure der europäischen Integration.

Wir appellieren an alle europäischen Kommunen und Regionen für diese Erklärung bei ihren Bürgern zu werben.